

Brandenburgische Kenner des Gesundheitssystems diskutieren Bundesvorhaben

Der Koalitionsvertrag im Kinoformat: Politiker, Praktiker und Verbandsvertreter haben gestern Abend beim 28. AOK-Forum live im Land Brandenburg die geplanten Vorhaben der neuen Bundesregierung in der Gesundheitspolitik diskutiert und nach den Auswirkungen für das Land gefragt. Zum ersten Mal war die gesundheitspolitische Diskussionsveranstaltung der AOK Nordost in Teltow zu Gast im einstigen Zuschauersaal des Diana Lichtspiele Kino, das vor gut einem Jahr als Hotel wiedereröffnet wurde.

AOK-Politikleiter Jürgen Heese erinnerte die rund 80 Zuhörer eingangs an die langwierigen Koalitionsverhandlungen, die erst im März zur Neuauflage der Großen Koalition geführt haben. Mittlerweile hat der neue Gesundheitsminister Jens Spahn mit dem GKV-Versichertenentlastungsgesetz den ersten Referentenentwurf vorgelegt. Der Koalitionsvertrag bietet aus Sicht der AOK gute Ansätze für eine weitere Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Es kommt nun darauf an, diese Überlegungen mit Blick auf die Praxis in der Gesetzgebung umzusetzen, kommentierte Heese die Vereinbarungen der Großen Koalition.

Weiterentwicklung der Kliniklandschaft im Scheinwerferlicht des Abends

Dass die Bundespolitik aus Berlin auch in andere Bereiche des Gesundheitswesens vor Ort eingreifen will, wurde in der anschließenden Debatte auf dem Podium immer wieder kritisch angemerkt. Im Scheinwerferlicht des Abends stand dabei unter anderem die Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in der Mark. Wir dürfen nicht mit der Säge durch den Wald gehen, sagte der CDU-Gesundheitspolitiker Raik Nowka und kritisierte Mindestmengenvorgaben, nach denen viele Krankenhäuser in Brandenburg bestimmte Eingriffe nicht mehr durchführen dürften. Der Oppositionspolitiker im Landtag forderte regionalspezifische Lösungen.

Land muss Investitionsstau im stationären Bereich beseitigen

SPD-Gesundheitsexpertin Britta Müller bekannte sich zu den Klinikstandorten im Land: Der Bund sollte keine Strukturpolitik der Länder machen, so die Vertreterin der rot-roten Regierungskoalition in Potsdam. Sie sieht die Landespolitik aber zu-gleich in der Finanzierungspflicht: Der Investitionsstau muss beseitigt werden. Für Diana Tietze, Gesundheitspolitikerin der Linken, ist ein Rückzug aus der Fläche ebenfalls undenkbar: Es muss nicht jeder Spezialist vor Ort sein, aber das Gros der Versorgung muss gewährleistet sein, so die Senftenbergerin.

Landeskrankenhausgesellschaft will ehrliche Qualitätsdiskussion führen

Dr. Detlef Troppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft und Klinikchef in Oberhavel, verschließt sich nicht der Qualitätsdiskussion. Diese müsse von der Politik aber ehrlich geführt und dabei zwischen Metropolen und ländlichen Gebieten unterschieden werden. Von einem Überversorgungsangebot könne man in Brandenburg nicht sprechen.

Beispielhaftes Projekt in der ambulant-stationären Kooperation in Templin

MUDr./CS Peter Noack, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg plädierte dafür, nicht allein die Kliniken als Anker der Versorgung zu sehen, sondern auch die niedergelassenen Ärzte nicht aus den Augen zu verlieren. Es gehe darum, vor Ort Gesundheitsstandorte zu erhalten, an denen ambulante und stationäre Mediziner zusammenarbeiten. Der Schlüssel ist die Kooperation, so Noack. Der KV-Chef verwies auf das Projekt StimMT in Templin, in dem derartige sektorenübergreifende Strukturen mit Förderung des Innovationsfonds derzeit aufgebaut werden. Die AOK Nordost unterstützt das Vorhaben als Gesellschafter der Arbeitsgemeinschaft Innovative Gesundheitsversorgung in Brandenburg (IGiB).

Gesundheitsministerium hat sektorenübergreifende Bedarfsplanung als Ziel

Aus Sicht des Landesgesundheitsministeriums ist das ein beispielhaftes Projekt, um die Versorgungslandschaft zukunftsfest zu machen. Michael Zaske, der für die Themen Gesundheitliche Versorgung und Krankenhäuser

Pressemitteilung AOK Nordost

https://www.aok.de/pk/nordost/inhalt/?tx_aokarticlemanagement_detail%5Baction%5D=show&tx_aokarticlemanagement_detail

zuständige Referatsleiter: ?Wir fangen bei der sektorenübergreifenden Versorgung nicht bei Null an.? Er betonte, am Ende müsse eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung stehen. Gemeinsame Sicherstellungsaufträge, die die Bundespolitik etwa im Bereich der Notfallversorgung den KVen und Krankenhäusern übertragen will, schreckten ihn nicht.

Darüber hinaus wurden auch weitere Themen wie Pflegestellen-Programm, Prävention, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Rehabilitation oder Ausbau der Terminservice-stellen diskutiert. Die Debatte beim AOK-Forum live hat gezeigt, dass die gesundheitspolitischen Akteure sich einig sind, den eingeschlagenen Kurs für die Gestaltung einer guten Versorgung in Brandenburg engagiert fortzusetzen.

AOK Nordost ? Die Gesundheitskasse
Pressesprecher Matthias Gabriel
Tel.: 0800 265 080 ? 22202
E-Mail: presse@nordost.aok.de